

DemokratieDirekt

Forum der Initiative für mehr Demokratie

Jg. 7/13
1/2008

Lasst uns die Mächtigen kontrollieren!

Volksabstimmungen auch über Entscheidungen der Landesregierung

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

erinnern Sie sich? Nach der Volksabstimmung und der klaren Ablehnung des Baus des Hallenbades am Kalterer See war Landeshauptmann Luis Durnwalder im Radio sinngemäß mit der Aussage zu hören: „Wenn das mit den Volksabstimmungen hier Schule macht, dann können wir uns in Zukunft Großprojekte abschminken!“ Das heißt also: Großprojekte sind bis heute immer wieder von der Landesregierung in der Annahme verwirklicht worden, dass sie von einer Mehrheit in der Bevölkerung abgelehnt werden. Hier entscheidet also jemand, der meint, er wüsste es besser als all jene, die von seinen Entscheidungen betroffen sind, jemand, der seine Machtposition nutzt, um die Menschen in diesem Land mit Dingen zu beglücken, die sie gar nicht wollen. Er drängt ihren Gang in eine Richtung, die sie vielleicht gar nicht wollen. Dies womöglich in der Überzeugung, nur das Beste für sie zu wollen.

Zu tun haben wir es da mit einem abwegigen Demokratieverständnis: In der Vorstellung der Entscheider sind 400.000 Bürgerinnen und Bürger nicht wirklich imstande zu wissen, was für sie gut ist, und brauchen deshalb einen erleuchteten Vater, der es für sie weiß. Das Paradebeispiel: Die MeBo! Diese sei, nach langem Ringen gegen die Volksmeinung gebaut worden und jetzt sähe man ja, wer Recht gehabt hat, wie notwendig sie gewesen sei. Dass man mit solchen Entscheidungen neue Realitäten schafft, die durch ihre Auswirkung im Nachhinein dann als unverzichtbar erscheinen, dass man etwas fördert und gleichzeitig etwas anderes benachteiligt, dass also eine hoch attraktive Straße eine Entscheidung ist, wie sich Verkehr abzuwickeln hat und dass damit auch Verkehrsbedarf erzeugt wird, ist für die Entscheider eine realitätsfremde Vorstellung. Für jemanden, der alles besser weiß, ist die Realität eindimensional, es gibt nur eine und in diesem Fall heißt das: Der Verkehr nimmt immer weiter zu, ist im wesentlichen Straßenverkehr und deshalb braucht es immer leistungsfähigere Straßen.

Damit stehen wir vor einer Bankrotterklärung von Politik überhaupt. Wenn es nämlich nur die eine Realität, eine Zwangslogik gibt, dann braucht man nicht nach der besten Lösung suchen, braucht man nicht zwischen verschiedenen Lösungen abwägen und sich nicht für die beste entscheiden.



Dem gegenüber steht die Vorstellung: „Eine andere Welt ist möglich!“ Nach dieser kann man suchen, diese kann man finden, aber sicher nicht alleine. Dazu braucht es uns alle. Und ich denke, wir machen uns dazu auch auf, sobald es Sinn macht: Dann, wenn wir Bürgerinnen und Bürger, immer wenn es uns nötig scheint, den Mächtigen verwehren können über uns hinweg zu entscheiden und wir uns unsere Entscheidungsgewalt zurückholen können.

„Die Mächtigen“ sind nicht die Parlamente, die Macht hat bei uns nicht der Landtag, wie es eine funktionierende repräsentative Demokratie verlangen würde, sondern die Landesregierung. Die Mächtigen sind die Regierenden, absurderweise die Exekutive, also die eigentlich nur ausführende Gewalt. Die Gesetze, meistens von den Regierungen eingebracht (bei uns immer), sind so verfaßt, dass die Regierenden allen Spielraum haben für ihre Politik. Mit ihren Entscheidungen schaffen sie unsere Realität, bestimmen über die sozialen, ökonomischen, kulturellen und über die Umweltbedingungen unseres Lebens, entscheiden über Krieg und Frieden. Wenn es also keine direkte Kontrolle durch uns Bürgerinnen und Bürger über die Regierungsentscheidungen gibt, dann bleiben wir der Logik der Mächtigen ausgeliefert. Wohin diese Machtlogik führt, das erfahren wir täglich aus den Nachrichten aus aller Welt.

Zumindest in unserem kleinen Land können wir mit der Volksabstimmung 2009 entscheiden, wer in Zukunft Recht behalten oder sich auch täuschen kön-

nen soll: Ein paar Wenige, die von Eitelkeit und Machtstreben getrieben sind, oder wir alle, die es betrifft und angeht. Und wir können mit einer ver-

vollständigen, gut ausgestatteten Demokratie, so wie mit unserer Autonomie, zum Vorbild für viele Länder werden.

Stephan Lausch

„Das ist die wichtigste Veränderung“

Im Februar besuchte der Schweizer Historiker, Politikwissenschaftler und Kommunikationsforscher Claude Longchamp die Initiative und hielt zwei Vorträge darüber, wie die direkte die repräsentative Demokratie ergänzt und verbessert.

Herr Longchamp, es müssen wohl gewisse soziale, kulturelle, politische Grundvoraussetzungen gegeben sein, damit direkte Demokratie so angewandt werden und wirksam sein kann, wie wir es uns vorstellen und wünschen. Ist für uns in Südtirol der Zeitpunkt heute günstig oder ungünstig, sind wir „reif“ genug für direkte Demokratie?

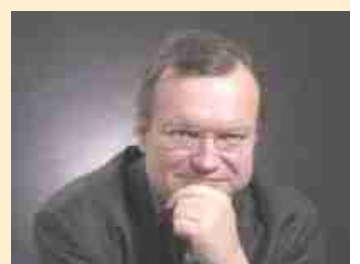
Aus meiner Erfahrung ist der Zeitpunkt nie und immer günstig, über direkte Demokratie zu reden. Es geht immer um eine grundlegende Weichenstellung, jedoch nie darum, einem bestimmten Sachanliegen zum Durchbruch zu verhelfen. Direkte Demokratie ist ein Prinzip in der Politik, kein Anliegen eines Komitees für irgendwas. Die Reaktionen sind auch immer gleich: Wer im repräsentativ-demokratischen System die Macht hat, ist in der Regel skeptisch, will diese bewahren. Wer sich untervertreten oder bevormundet fühlt, will das ändern. Entsprechend fallen die Reaktionen der Parteien und ihrer Gefolgschaft aus. Wichtig ist dabei die Frage, ob die Bürgerschaft mitmacht, ob es breitere Schichten in der Bevölkerung

gibt, die eine Änderung wollen. Ohne das geht es in der Regel nicht, mit dem reicht es auch gegen den Widerstand der Nutzniesser des status quo.

Was ändert sich für die politischen Vertreter durch die Einführung der direkten Demokratie?

In der direkten Demokratie müssen sich die politischen Parteien nicht nur kurz vor Wahlen um Bürger-Meinungen kümmern, sondern dauerhaft. Denn sie haben kein Recht mehr, exklusiv politische Initiativen zu kanalisieren. Die Entscheidungen, die Bürger in Volksabstimmungen treffen, sind nicht grundlegend anders als die von Parteien. Jedoch müssen die Parteien unter dem Druck der direkten Demokratie den möglichen Volkswillen stärker ernst nehmen, um bei Volksabstimmungen nicht regelmässig zu unterliegen. Das ist die wichtigste Veränderung mit dem System der direkten Demokratie. Ich sehe jedoch nur Vor-, nicht Nachteile, weil die politischen Behörden und Parteien in ihrer eigenen Willensbildung sensibler werden müssen.

Vielen Dank für das Gespräch



"Warum das bessere Gesetz?" (Teil 2) Unkontrollierte Macht ist gefährlich

Schauen wir uns einmal an, worüber alles Landesregierung und Landeshauptmann beschließen: zum Beispiel darüber, wie viele Finanzmittel den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden und damit auch gleich über alle größeren Bauvorhaben der Gemeinden. Denn diesen werden so wenig Mittel zur Verfügung gestellt, dass sie meistens auf Landesbeiträge angewiesen sind. Natürlich auch über alle Vorhaben und Projekte von Landesinteresse, über alle Fachpläne (z.B. Landesverkehrsplan, Müllentsorgungsplan, Sportstättenplan, ...), in denen die Landesentwicklung festgeschrieben ist. Auf der Grundlage dieser Fachpläne entscheidet die Landesregierung dann über den Neubau von Straßen, über den Müllverbrennungsplan, über das Landessportzentrum.

Der Landtag mit seinen 35 Abgeordneten ist zwar für die Gesetzgebung zuständig, aber die Entwürfe für die Gesetze stammen ausschließlich von der Landesregierung und im Landtag wird meist nur das eine und andere oft unwesentliche Detail geändert. Ausnahmen sind zum Beispiel Landesgesetze zu ethnisch heiklen Fragen. Außerdem erläßt die Landesregierung auch die Durchführungsbestimmungen für die konkrete Anwendung der Landesgesetze. Sie spielt also auch in der Gesetzgebung eine zentrale Rolle. Ob das nun gut ist oder schlecht, es ist die Landesregierung, die die Bedingungen diktiert, unter denen wir leben. Deshalb:

Wenn wir Bürgerinnen und Bürger und die vielen Organisationen, die unsere wichtigsten Anliegen vertreten (Gewerkschaften, KVV, Verbraucherschutz, Umweltverbände usw.), wirklich die Entwicklung unseres Landes mitbestimmen oder auch nur immer wieder feststellen wollen, ob Entscheidungen, die uns alle betreffen, von uns auch wirklich mehrheitlich gewollt sind, dann muss auch über Fragen abgestimmt werden können, über die die Landesregierung entscheidet. Sei es auch nur, um die Landesregierung zu veranlassen, uns bei der Entscheidungsfindung einzubeziehen, weil sie mit uns Bürgerinnen und Bürgern rechnen muss.

Gerade das aber ist derzeit nicht vorgesehen! Die Bevölkerung muss die Entscheidungen der Landesregierung hinnehmen: es ist nicht möglich, sie einer Volksabstimmung zu unterwerfen!

Zwar gibt es seit 2005 ein Landesgesetz über die Mitbestimmung durch das Volk, aber es billigt den Bürgerinnen und Bürgern nicht zu, über Verwaltungsbeschlüsse (Entscheidungen der Landesregierung) abzustimmen, obwohl dies im Artikel 123 der italienischen Verfassung für die Regionen/Provinzen ausdrücklich vorgesehen ist (und dies z.B. auch der Arbeitnehmer-Flügel der SVP befürwortet hat!). Zuviel ausschließliche Machthoheit wäre damit für die Wenigen, die uns regieren, verloren gegangen!

Das derzeitige Gesetz für die Volksabstimmungen erweist sich als ein zahloser Tiger, vor dem sich die Mächtigen nicht fürchten müssen, denn:

1.) Es fehlt vor allem die Möglichkeit,

über die Entscheidungen der Landesregierung abzustimmen und
2.) die vorgeschriebene hohe Beteiligungsquote an der Volksabstimmung (40 % der Wahlberechtigten) ist kaum erreichbar und verhindert dadurch die Gültigkeit der Abstimmung. (In der Schweiz und in Bayern zum Beispiel gibt es kein Beteiligungsquorum!)

Es ist ja meistens nicht so, dass die Bürgerinnen und Bürger ein ganzes Gesetz „kippen“ oder gar die Gesetz-

a) ob ein von der Landesregierung gefasster Beschluss in Kraft treten soll oder nicht;

b) ob eine vom Volk vorgelegte Beschlussvorlage, die im Zuständigkeitsbereich der Landesregierung liegt, rechtskräftig werden soll;

c) oder ob die Haltung der Bevölkerung zu einer Frage, die im Zuständigkeitsbereich der Landesregierung liegt, unverbindlich erhoben werden soll.

Ø wenn bei der Abstimmung sich eine Mehrheit der Bürger/innen für den Beschluss der Landesregierung ausspricht.

Damit eine Volksinitiative, das ist eine vom Volk vorgelegte Beschlussvorlage, die im Zuständigkeitsbereich der Landesregierung liegt, rechtskräftig wird, müssen zur Unterstützung des Antrages auf Volksabstimmung innerhalb von 6 Monaten 10.000 Unterschriften von wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern vorgelegt werden.

Damit in einer Volksbefragung der Wille der Bevölkerung zu einer Frage erhoben werden kann, müssen innerhalb von 3 Monaten nach der Zulassungserklärung durch die zuständige Kommission, 5.000 Unterschriften von wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern vorgelegt werden.

Die Landesregierung fasst bei jeder ihrer Sitzungen eine Unzahl von Beschlüssen. Welche Beschlüsse dürfen nun einer Volksabstimmung unterworfen werden? Das sind

a) alle Beschlüsse, die von Landesinteresse sind;

b) alle Beschlüsse, die von lokalem oder individuellem Interesse sind, wenn es sich dabei um Beschlüsse handelt, die

Ø Ausgaben über ein Tausendstel (6 Mio. €) oder, bei wiederkehrenden Ausgaben, über ein Fünftausendstel des Landeshaushaltes (30 Mio. €) zum Inhalt haben;

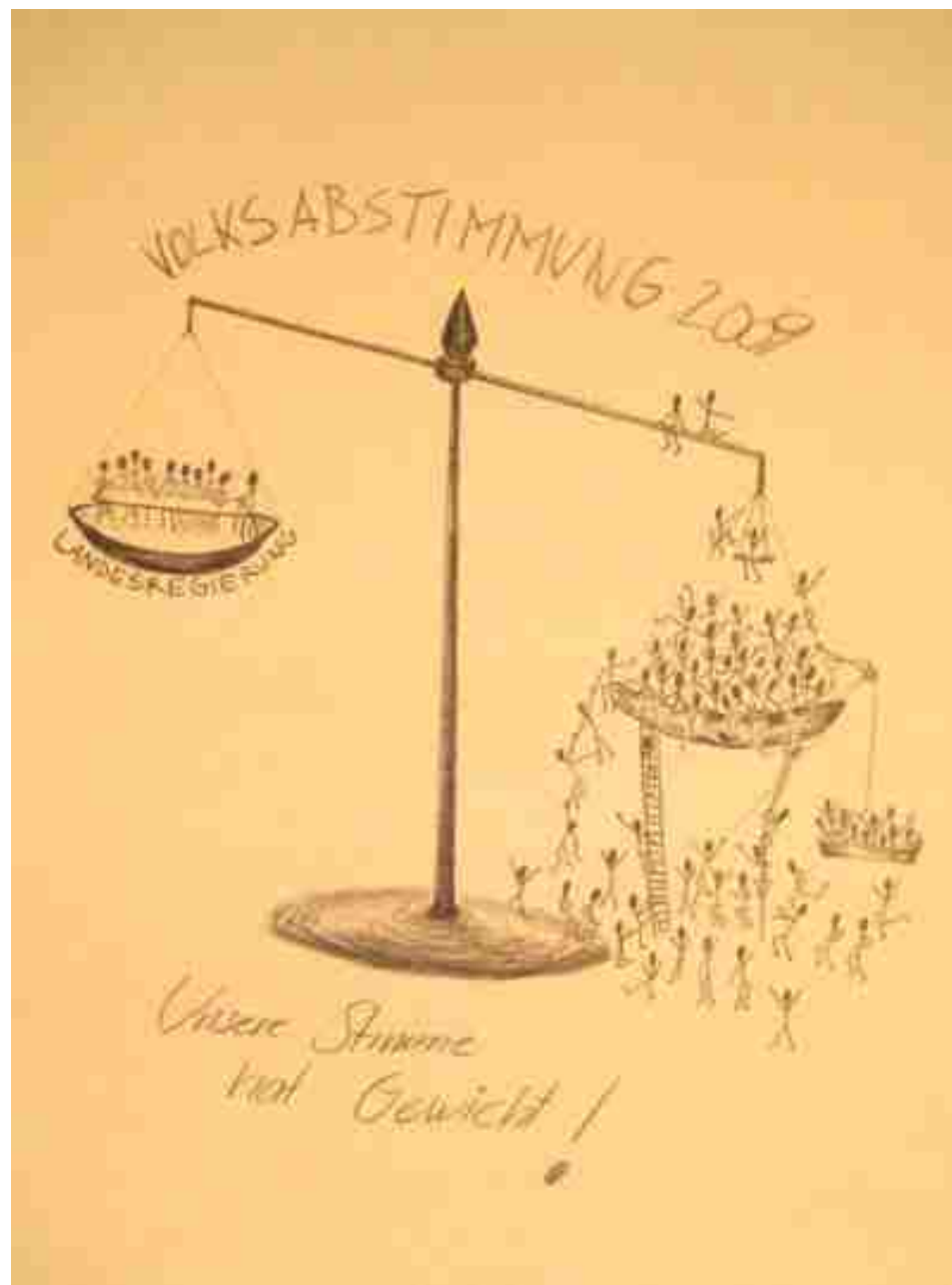
Ø Projekte betreffen, die einer Umweltverträglichkeitsprüfung bedürfen;

Ø einzelne Fachpläne bezüglich Landesentwicklungsplanung betreffen;

Ø die Landesregierung selbst als „von Landesinteresse“ erklärt.

Es kann also sowohl über Themen von Landesinteresse, als auch über lokale Fragen abgestimmt werden, die ein bestimmtes Gebiet betreffen. Eine Volksabstimmung kann also nicht nur landesweit abgehalten werden, sondern auch in größeren Gebieten, in denen mindestens 10 % der Bevölkerung ansässig sind, also z. B. im Pustertal. Die kleinste Einheit, in der eine Volksabstimmung abhalten werden kann, sind 10 Gemeinden.

Mit der Referendumsmöglichkeit wird die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass nur solche Beschlüsse rechtskräftig werden, die auch mehrheitlich von der Bevölkerung gutgeheißen werden. Wenn die Bürgerinnen und Bürger eine Kontrollmöglichkeit haben, dann wird die Landesregierung darauf bedacht sein, keinen Anlass für einen Referendumsantrag zu geben. Damit werden im Vorhinein viele Streitfälle, die bis jetzt oft zu langwierigen und kostspieligen Gerichtsverfahren und Verschleppungen von notwendigen Lösungen führen (Mülldeponie Sachsenklemme, Bauschuttrecyclinganlage Branzoll ...), vermieden werden. Und die Erfahrung in Bayern hat gezeigt, dass damit in erheblichem Ausmaß öffentliche Gelder gespart werden.



gebung selbst übernehmen wollen, es sollte aber möglich sein, dass über einzelne Beschlüsse der Landesregierung, die für viele Bürgerinnen und Bürger, ganze Gemeinden, Täler oder Gebiete von großer Tragweite sind, das Volk entscheidet (z.B. über den Beschluss zur Flugplatzvergrößerung).

Wie sieht also die politische Mitbestimmung auch über jene Fragen, die in der Zuständigkeit der Landesregierung liegen, in unserem Gesetzesvorschlag, im „besseren Gesetz zur Direkten Demokratie“ aus? (über dessen Einführung 2009 in der Volksabstimmung entschieden wird)

Sie soll möglich sein mit den Instrumenten:

- a) des Referendums,
- b) der Volksinitiative und
- c) der Volksbefragung.

Das heißt: das Volk soll unter bestimmten Bedingungen in Volksabstimmungen darüber entscheiden können,

Welches sind die Bedingungen für eine Volksabstimmung?

Damit die Bevölkerung in einer Volksabstimmung darüber entscheiden kann, ob ein von der Landesregierung gefasster Beschluss rechtskräftig werden kann,

Ø muss innerhalb von 7 Tagen nachdem der Beschluss gefasst worden ist, ein Antrag auf Referendum gestellt werden (außer in begründet dringlichen Fällen, in denen die Landesregierung mit Zweidrittelmehrheit den Beschluss gleich in Kraft treten lassen kann);

Ø müssen nach eingereichtem Antrag die Promotor/innen, innerhalb 45 Tagen, mit 7.500 Unterschriften das Recht auf Volksabstimmung erwirken.

Der Beschluss der Landesregierung tritt nur dann in Kraft,

Ø wenn kein Referendumsantrag eingereicht wird,

Ø wenn die nötige Unterschriftenzahl nicht erreicht wird oder

Ein Demokratie-Netzwerk entsteht

Während mit den bevorstehenden Landtagswahlen die lagerbildenden Kräfte in unserer Gesellschaft bestimmend sind und Konfrontation gepaart mit Ab- und Ausgrenzung Unsicherheit, Misstrauen und Überdruß erzeugen, entsteht im Vorblick auf das politische Großereignis der ersten „Volksabstimmung 2009“ ein landesweites Demokratie-Netzwerk. Die Aufgabe dieses Netzwerkes ist es, immer mehr Menschen am politischen Geschehen mitwirken und ihre Beteiligung wirksam werden zu lassen. Zuerst muss aber die Beteiligung an der Volksabstimmung 2009 durch möglichst kapillare Information aller Bürgerinnen und Bürger angeregt werden. Über dieses Ereignis hinaus entsteht damit eine tragfähige Basis für eine zunehmende Demokratisierung unserer Gesellschaft, mit der überwunden werden soll, was uns heute trennt und gegeneinander stellt.

Der politische Wert des Netzwerkes liegt darin, dass Gemeinschaft gebildet wird, eine Gemeinschaft aller Bürgerinnen und Bürger, die in diesem Land zusammen leben, und dieses Zusammenleben für alle auf die bestmögliche und verträgliche Art geschehen soll. Immer dann, wenn es uns Bürgerinnen und Bürgern nötig scheint, wird es gut sein, dass wir uns auch selber darüber verständigen und abstimmen können, wie das geschehen soll. Diese Gemeinschaft entsteht nicht durch Ein- und Unterordnen, sondern im immer neuen Bemühen uns in aller Verschiedenheit der Sichtweisen und des Urteils zu einigen.

Dazu müssen wir lernen, zugleich in der Sache hart, aber gegenüber dem Andersdenkenden, diesen anerkennend, zu streiten.

Möge mit der Volksabstimmung 2009 und besser ausgebauten und anwendbaren Volksrechten, die wir damit hoffentlich erreichen, der Weg vorgezeichnet sein für das, was in der Schweiz eine schon länger beobachtbare Ent-

wicklung ist: Das Interesse an den Wahlen nimmt stetig ab (von 68% im Jahr 1959 auf 45% im Jahr 2003), während der Wunsch, Zuständigkeit und Verantwortung zu übernehmen, zunimmt. Seit 1983 erfreuen sich Volksabstimmungen zunehmender Beliebtheit, so dass nach Aussage des Historikers und Politikwissenschaftlers Claude Longchamp „das direktdemokratische gegenüber dem repräsentativen Element überwiegt“.

Das Demokratie-Netzwerk, unterstützt von den 40 Organisationen, die die Volksinitiative für das bessere Gesetz zur Direkten Demokratie mittragen, besteht mittlerweile aus 8 Bezirksgruppen, die sich jetzt um die Bildung von Ortsgruppen in den 116 Gemeinden des Landes bemühen.



Wer in der eigenen Gemeinde für den positiven Ausgang der Volksabstimmung aktiv werden will, kann sich über die zuständige Bezirksgruppe an die Kontaktperson im eigenen Dorf wenden:

Kontaktpersonen Bezirksgruppen	Telefon	Mobiltelefon	E-Mail Adresse
Vinschgau Karl Zerzer Rudi Maurer	0473 616627	333 9405903	zerzer.karl@alice.it maurerrudi@dnet.it
Burggrafenamt Martin Reinstadler		340 8149076	martinreinstadler@gmail.com
Bozen Land Karl Berger		329 2307160	karl@dirdemdi.org
Bozen / Leifers Büro der Initiative Alessandro Cosi	0471 324987 0471 324987		info@dirdemdi.org alessandro.cosi@virgilio.it
Unterland Marlene Stein Manfred Weger	0471 812380	338 9342649	marlenestein@email.it manfred_weger@akfree.it
Eisacktal Hans Niederkofler	0472 855153	335 6392250	info@prosperitas.eu
Wipptal Silvia Bacca	0472 764932	347 7024219	bacca.s@dnet.it
Pustertal Ulrike Hohl	0474 410 996	340 24328 86	hohl.ulrike@gmx.de

Kräfte bündeln im Netzwerk

Bei der Unterschriftensammlung 2007 haben über 22% der stimmberechtigten Bürger von Naturns für den Volksabstimmungsantrag unterschrieben. Nun hat sich im Vinschgau, ausgehend von Naturns, ein Netzwerk gebildet, welches die Bevölkerung über die Inhalte und Vorteile des Gesetzesantrages informiert.

Weil diese Bewegung beispielhaft für unser ganzes Land sein könnte, hat *Demokratie Direkt* ein Gespräch mit Karl Zerzer und Hanns Fliri geführt, die maßgeblich an der Netzwerkbildung beteiligt waren.

Demokratie Direkt: Wie ist es in Naturns zu so viel Zustimmung gekommen?

Karl Zerzer: Wir hatten das Glück, einen Vorkämpfer für mehr Bürgerbeteiligung zu haben, nämlich Stephan Platzgummer. Bereits seit vielen Jahren hat er sich unermüdlich für diese Idee eingesetzt und sein stetes Bemühen hat Früchte getragen.

DD: Wie ist aus dem Einzelkämpfer eine Bewegung entstanden?

Hanns Fliri: Vor ungefähr drei Jahren hat die Gemeinde einen Platz umgestalten lassen, was vielen Bürgern nicht gefallen hat. Damals hat sich eine Bürgergruppe gebildet, welche sich aktiv in die Auseinandersetzung eingebracht hat. Diese hat sich weiterhin regelmäßig getroffen und auch andere Streitfragen lösen können. Wir hatten Erfolg, weil wir die Bürger sensibilisieren konnten.

Karl Zerzer: Leider passiert es immer wieder, dass vollendete Tatsachen geschaffen werden. Dadurch entsteht eine gewisse Resignation: "man kann sowieso nichts tun". Deshalb sehen wir unsere Aufgabe vor allem darin, rechtzeitig über Vorhaben zu informieren. Gleichzeitig zeigen wir mögliche Alternativen auf.

folgt auf Seite 4

Mehr Demokratie für Italien

Vorschläge der Initiative zur Reform der direkten Demokratie auf staatlicher Ebene

Die Geschichte des Instruments Referendum in Italien zeigt, wie das Volk mit diesem Instrument die Entwicklung bestimmen will und auch kann. Es sei an die Volksabstimmung über die Ehescheidung 1974 oder jene über die Abschaffung der Atomkraft erinnert. Sie zeigt aber auch, dass schlechte Regeln und ein beschränktes Instrumentarium - das nur abschaffende Referendum - die Erwartungen in die Direkte Demokratie auf Dauer enttäuschen.

Also wundert nicht, dass in italienischer Perspektive direkte Demokratie gern gleichgestellt wird mit Neinsagen. Doch genau darum geht es in einer modernen Demokratie nicht.

Dieses abschaffende Referendum ist nicht wirklich als Beteiligungs- und Lenkungsinstrument brauchbar, wurde aber als Ersatz für das fehlende propositive Referendum verwendet und deshalb fast gänzlich entwertet.

Das abschaffende Referendum steckt aber auch aus einem anderen Grund in einer Krise: Schuld daran sind die schlechten Erfahrungen mit dem Quorum und die dazugehörigen Mobilisationskampagnen der Parteien gegen das Abstimmen. Die Abstimmungsbe-

teilung ist mittlerweile auf durchschnittlich 25% gesunken. Dazu gehört auch, dass die Bevölkerung dieses Instrument nicht unbedingt als Volks-Instrument wahrgenommen hat, sondern weil es in erster Linie Parteien waren, die es anwandten.

Doch wo ist anzusetzen? Vorweg: Es würde nicht genügen, mit ein paar Artikeln die geltenden Gesetze soweit auszubessern, dass sie anwendbarer würden. Fest steht, dass es eine grundlegende Reform braucht, die schon ansetzt beim Verständnis darüber, was direkte Demokratie bedeutet. Dazu gehört:

► Die Anerkennung der gesetzgebenden Macht der Bürgerinnen und Bürger über die Instrumente Initiativrecht (Volksabstimmung über eigene Gesetzesvorschläge) und Referendumsrecht „nach Schweizer Art“, also die Möglichkeit noch vor Inkrafttreten eines Gesetzes darüber abzustimmen;

► Neue Anwendungsregelungen (Erweiterung der Materien, über die abgestimmt werden kann, wie Außenpolitik und Steuerpolitik; Informationspflicht in Form von Abstimmungsheften; freie Unterschriftensammlung u.a.);

► Abschaffung des Quorums. Die Abstimmenden müssen wissen, dass ihre Stimme auf jeden Fall zählt, weil jene entscheiden, die abstimmen, egal wie viele oder wie wenige es sind.

Die Initiative für mehr Demokratie hat ihre Vorschläge den Südtiroler Abgeordneten sowie allen Fraktionssprechern im neugewählten Parlament übergeben. Ihr Interesse bekundet haben bisher Senator Oskar Peterlini (SVP) und die Abgeordnete Luisa Gnecci (PD).

Für jene, die sich für die Geschichte der direkten Demokratie sowie für Vergleiche zwischen den verschiedenen Ländern und ihren Erfahrungen interessieren, eignet sich bestens Thomas Benediktters im Frühjahr in italienischer Sprache erschienenes Buch "Democrazia diretta - Più potere ai cittadini", edizioni SONDA.



THOMAS BENEDIKTER

DEMOCRAZIA DIRETTA
PIÙ POTERE AI CITTADINI

Un approccio nuovo
alla riforma dei diritti referendari

SONDA

Termin Volksabstimmung Vorentscheidung im September

Wir haben sie angerufen und sie hat uns erhört: die Kommission für die Abwicklung der Volksabstimmungen, zuständig für die Feststellung deren Zulässigkeit und Durchführbarkeit. Der Landeshauptmann hatte wissen lassen, dass nach seiner Terminberechnung die Volksabstimmung erst im Herbst 2009 stattfinden kann – und dabei wäre es geblieben, da er den Termin festzulegen hat. Nach der Berechnung des Landtages wäre sie aber noch vor dem Sommer 2009 möglich. Wer entscheidet? Unserer Meinung nach nicht der Landeshauptmann, sondern die Kommission. Im September wird diese nun entscheiden, ob der Tag der Volksabstimmung zwischen Ende April und Ende Oktober 2009 oder zwischen Mitte Juli 2009 und Mitte Jänner 2010 liegen muss. Im ersten Fall gibt es zwingende Gründe den Termin vor dem Sommer 2009 anzusetzen: Die Zusammenlegung mit den Europawahlen am 7. Juni und den nationalen Referenden gegen das geltende Wahlgesetz und möglicherweise auch gegen das Immunitätsgesetz. Zwingend, weil es die guten Gründe des Landeshauptmannes selbst waren, mit denen er die Volksabstimmungen der Union auf nach den Landtagswahlen verschoben und

mit unserer zusammengelegt hat: „Kosteneinsparung, Rationalisierung und Wirtschaftlichkeit der Verwaltungstätigkeit und, nicht zuletzt, den Bürger mit einem Wahlgang weniger zu belasten.“ Wir hoffen das Beste!



Kräfte bündeln im Netzwerk

folgt von Seite 3

Der Bürger wird angeregt, sich einzumischen. Er soll mitreden und mitentscheiden, denn die Folgen der Entscheidungen trägt nicht der einzelne Politiker, sondern die Allgemeinheit.

Hanns Fliri: So war es auch logisch, die Volksinitiative für „Ein besseres Gesetz zur Direkten Demokratie“ zu unterstützen.

DD: Und dann habt ihr ein Netzwerk für den ganzen Vinschgau angeregt?

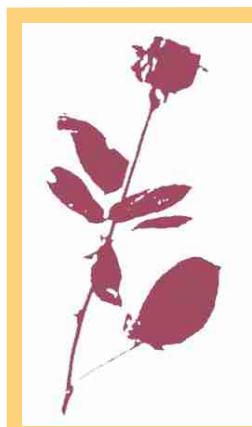
Karl Zerzer: Beim Sammeln der Unterschriften für das Volksbegehren zusammen mit den unterstützenden Organisationen haben wir die Erfahrung gemacht, dass viele Bürger nicht wirklich Bescheid wissen über die Direkte Demokratie. Daraus ergab sich für uns die Schlussfolgerung: informieren und nochmals informieren.

Hanns Fliri: Bei der Mitgliederversammlung der Initiative auf Kohlern haben wir den Vorschlag für die Bildung von Aktionsgruppen auf Ortsebene eingebracht. Der Vorstand hat diese Idee sofort aufgenommen und so wurde ein erstes Treffen aller Aktiven des Vinschgau organisiert. Wir haben sofort Unterstützung bei unseren Freunden aus dem Vinschgau gefunden und es wurde die Gründung der Bezirksgruppen vollzogen.

Karl Zerzer: Bei weiteren Treffen der Bezirksgruppen und der Talschaftsgruppe bildeten die Information der Aktiven sowie organisatorische Fragen die Schwerpunkte. Die Zusammenarbeit ist sehr gut und wir glauben, unser großes Ziel, 40% der stimmberechtigten Bürger im Jahr 2009 zur Urne zu bringen, zu erreichen.

DD: Vielen Dank für das Gespräch.

www.dirdemdi.org



einfach bei der Initiative für mehr Demokratie Mitglied werden!

Kontakt & Info

T+ F 0471 324987, info@dirdemdi.org

unsere Bankverbindung: Raiffeisenkasse Bozen
IT53V 08081 11600 000300010332

Initiative für mehr Demokratie
(anerkannt als Volontariatsorganisation)
Silbergasse 15, 39100 Bozen,

Impressum

Erscheinungsort: Bozen
Auflage: 11.000
Druck: Tipografia Alto Adige

Herausgeber: Initiative für mehr Demokratie / Iniziativa per più democrazia
Redaktion: Karl Berger, Stephan Lausch, Sybille Tezzele Kramer
Fotos: kraxentrouga (Sandkiste), C. Longchamp, Emmy Delazer, Lea und Stephan Lausch, Karl Zerzer, Simon Opladen
presserechtlich verantwortlich: Hanna Battisti
Vorsitzener der Initiative für mehr Demokratie: Otto von Aufschnaiter
DemokratieDirekt ist beim Landesgericht Bozen unter der Nr. 8/2002 eingetragen.

Ihre Daten werden ohne Ihre Einwilligung an niemanden weitergegeben und ausschließlich von der Initiative verwendet. Wie vom Gesetz Nr. 675 vom 31.12.1996 vorgesehen, können Sie jederzeit in Ihre von uns gespeicherten Daten Einsicht nehmen, ihre Änderung oder ihre Löschung verlangen. Verantwortlich für deren vertrauliche Behandlung ist Stephan Lausch.

Zutrauen in die Bürgerinnen und Bürger

Der Verein für Direkte Demokratie und Selbstversorgung in Zürich überwacht den Ist-Stand der Direkten Demokratie in der Schweiz und veröffentlicht alljährlich zum 1. August, dem Jahrtag der Gründung der Schweizer Eidgenossenschaft im Jahr 1291 seine Überlegungen dazu. Der vollständige Text kann unter www.direkte-demokratie.ch angefordert werden. Hier ein Auszug daraus:

Zutrauen in die Fähigkeit zur Selbstbestimmung

Die Schweiz ist bis jetzt das einzige Land, in dem die Kunst der Direkten Demokratie von den Bürgern im Denken, Fühlen und Handeln ausgeprägt gepflegt wird. Die kulturelle Grundlage dazu ist das Zutrauen in die Mitbürger, die Bedeutung des Wissens und Könnens, der Mut eigenständig zu denken und die konstruktive Gesprächskultur.

Wenn Argumente frei für alle zur Diskussion gestellt werden, kann ein Volkswille entstehen.

Amtspersonen als Helfer zur Bildung des Volkswillens

Wir müssen die Verantwortlichen daran erinnern, dass es ihr Interesse sein muss, diese Willensbildung zu fördern. Sie müssen also bei Projekten strittige Punkte von Anfang an, ehrlich und offen darstellen, und die Anliegen aller nicht nur entgegennehmen, sondern zur Diskussion stellen.

Bürgergesellschaft statt Führerkult

Einzelne nehmen sich oft zu wichtig, wenn sie von den Medien für eine Weile hervorgehoben werden. Medien versuchen, prägnante und damit oft undifferenzierte Stellungnahmen zu erhalten. Sie behindern damit die Entwicklung der Vernunft bei den Bürgern, weil das ruhige Abwägen sehr eingeschränkt ist. Wir sind sicher, dass sich viel mehr Bürger an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligen, wenn sie damit rechnen

können, in Ruhe über eine Sache reden zu können und nicht ständig hämischer Kritik oder Überheblichkeiten ausgesetzt sind.

Wissen und Können - eine Grundlage der gleichwertigen Kultur
Die Grundlagen werden in der Schule gelegt, weshalb diese dazu dienen soll, neugierig für vieles zu werden oder zu bleiben und sich auf der Grundlage von fundierten Kenntnissen ein Urteil bilden zu können, das hinterfragbar ist. Deshalb soll eine Schule nicht nur auf den Beruf vorbereiten, sondern dazu, in allen Belangen ausreichende Grundkenntnisse zu erwerben.

Mut zum eigenständigen Denken, Urteilen und Handeln

In einem selbstbestimmten Gemeinwesen braucht es viel Mut, eigenständig zu denken, sich nicht Stimmungen oder Mehrheiten anzupassen, aber auch Mut, eigene Fehlüberlegungen zuzugestehen, bessere Argumente anzuerkennen sowie die Fähigkeit, einen Weg zu suchen, der für möglichst alle begehbar ist.

Konstruktive Gesprächskultur

Selbstbestimmung in einem Gemeinwesen ist nur möglich, wenn sich die freien und gleichen Bürger miteinander besprechen wollen und können.

Beitrag zum friedlichen Zusammenleben

Die konstruktive Gesprächskultur im Versuch, eine vernünftige Lösung von anstehenden Problemen zu finden, ist ein ständiges Einüben und Erleben der Überzeugung, dass ein friedliches Zusammenleben möglich ist. Direkte Demokratie bildet eine Kultur, die das Zutrauen in den Mitmenschen und sich selbst stärkt, weil sie mehr Verbundenheit unter den Bürgern herstellt und dem einzelnen mehr Aufgaben und Kompetenz zumutet.



Danke - Bitte

2007 haben Sie sich mit Ihrer Unterschrift auf etwas Neues eingelassen: Sie haben dafür unterschrieben, dass alle Bürgerinnen und Bürger darüber entscheiden können sollen, wie sie in Zukunft mitbestimmen wollen. Sie haben die erste landesweite Volksabstimmung ermöglicht!

2009 können Sie an dieser ersten Volksabstimmung darüber entscheiden, ob alles beim Alten bleiben soll oder ob Sie, bestätigt durch ein besseres Gesetz mit

bürgerfreundlicheren Bedingungen künftig als rechtskräftig entscheidungsberechtigte Bürger/innen immer dann einschreiten können, wenn Sie es zusammen mit vielen anderen Menschen in unserem Land - für die Allgemeinheit oder einen Teil derselben - für richtig und notwendig erachten.

Helfen Sie uns auch mit einer Spende dieses große Ziel für unser Land zu erreichen!